



Conseil national de la refondation

**„Runder Tisch“ à la française
oder Ausdruck der politischen Spaltung?**

Stefan Seidendorf

Unklare Machtverhältnisse

Reformbedarf und politische Spaltung

Partizipation oder Blockade?

Abstract

Mitten im Parlamentswahlkampf kündigte Emmanuel Macron die Schaffung eines neuartigen Konsultationsprozesses an. Der *Conseil national de la refondation* (CNR) soll alle gesellschaftlichen Interessengruppen und die Vertreter der politischen Kräfte zusammenbringen. Sie sollen über nötige Strukturreformen verhandeln und mögliche Kompromisslinien zwischen den Lagern definieren. So soll die Akzeptanz von Reformen erhöht und die politische Konfrontation zwischen den Lagern reduziert werden. Die Auftaktsitzung des Gremiums am 8. September war jedoch eher Ausdruck der tiefen Spaltung der Republik, als Auftakt zu einem „runden Tisch“ à la française. Der Text präsentiert Hintergründe, Zusammensetzung und Aufgaben und beurteilt das Potenzial des CNR.

Conseil national de la refondation

„Runder Tisch“ à la française oder Ausdruck der politischen Spaltung?

Einleitung

* Dr. Stefan Seidendorf ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts.

¹ Zur leichteren Lesbarkeit verwendet der Text im Allgemeinen das generische Maskulinum. Gemeint sind jedoch immer alle Geschlechter.

² siehe im Anhang die Teilnehmerliste

³ siehe zum Beispiel die Zusammenfassung in Libération (3.06.2022): Annonces: Ecologie, pouvoir d'achat, retraites: Macron veut réunir un „Conseil national de la refondation“.

Am 8. September 2022 kam in Marcoussis, dem Leistungszentrum der französischen Rugby-Nationalmannschaft, eine für den Ort eher ungewöhnliche Gruppe zusammen. Etwa 50 Persönlichkeiten und Vertreter¹ der französischen Regierung, aus verschiedenen Parteien, von einigen der Sozialpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) sowie der Vereinigungen der lokal und regional gewählten Mandatsträger (Bürgermeister und Regionalräte) trafen sich zur ersten Sitzung des neu ins Leben gerufenen *Conseil national de la refondation* (CNR, Nationaler Rat der Neubegründung)². Nachdem Staatspräsident Emmanuel Macron das Gremium mit seiner öffentlich übertragenen Rede offiziell eingeweiht hatte, übernahm sein politischer Vertrauter François Bayrou als Generalsekretär des neuen Gremiums die Leitung der dann nicht mehr öffentlichen Sitzung.

Der CNR stellt das bisher konkreteste Element der von Macron nach seinem zweiten Wahlsieg im Frühjahr angekündigten „neuen Methode“ des Regierens dar. Allerdings ist die Umsetzung der Idee, die Macron ursprünglich im Juni in der Regionalpresse formuliert hatte³, mit zahlreichen Schwierigkeiten und Blockaden verbunden. So ist bis heute die Zusammensetzung, die konkrete Aufgabe und die Arbeitsweise des Gremiums nicht bekannt. Handelt es sich also um einen Misserfolg für den Präsidenten, oder hat er womöglich doch noch das Potenzial, die blockierte französische Reformdebatte neu zu inspirieren?

Der vorliegende Beitrag will zunächst (1) den Entstehungszusammenhang des CNR skizzieren, bevor die bisher bekannten Elemente über Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise (2) dargestellt werden. Abschließend soll eine erste vorsichtige Bewertung dieser Elemente stehen (3).



1. Entstehungszusammenhang: „Neue Methode“, Verlust der Parlamentsmehrheit und Kritik an Macrons Vorschlag

⁴ Für Unterstützung bei den Recherchen zum CNR danke ich Elisabeth Aigner, Xavier Froidevaux und den Kolleginnen und Kollegen der Frankreichbibliothek des dfi.

⁵ siehe zur Präsidentschaftswahl AFA 37: Vor den Präsidentschaftswahlen - Auffallen um jeden Preis? Parteiensystem und Kandidatenkür in Frankreich; zur Parlamentswahl AFA 38: Ein neues politisches Koordinatensystem? Die französischen Präsidentschaftswahlen und der Blick auf die Parlamentswahl

⁶ siehe AFA 32: Ein Jahr Macron - Reformen, Regierungsstil, Herausforderungen

Zuerst kündigte Emmanuel Macron seine Idee für eine Art französische Version des „runden Tisches“ in einem Gespräch mit der Regionalpresse am 3. Juni 2022 an.⁴ Die Ankündigung erfolgte also nach der Präsidentschaftswahl, und vor den beiden Wahlgängen zur *Assemblée nationale* (Parlament) am 12. und 19. Juni 2022⁵.

Macron hatte zwar die Präsidentschaftswahl letztendlich überzeugend gegen Marine Le Pen (*Rassemblement National*) gewonnen. Allerdings zeigten sich im Wahlergebnis im Vergleich zu 2017 eine größere Unterstützung für die beiden rechts- und linkspopulistischen Kandidaten (Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon). Insbesondere die höhere Enthaltung in der Stichwahl (bzw. die französische Besonderheit der „weißen“ Stimmzettel, die keine Namen enthalten, aber extra ausgewiesen werden) verdeutlichte die Existenz einer skeptischen oder ablehnenden Haltung gegenüber Macron, ohne dass diese Wähler jedoch bereit gewesen wären, für Marine Le Pen zu stimmen.

Einer der Hauptkritikpunkte an Macron betrifft seit seinem Amtsantritt 2017 seinen mitunter als autoritär oder „vertikal“ empfundenen Regierungsstil bei der Durchsetzung seiner Reformagenda. Der Amtsinhaber führt dagegen freilich ins Feld, dass er genau für diese bisweilen als radikal empfundene Durchsetzung wichtiger Strukturreformen gewählt worden sei. Trotz seiner insgesamt beeindruckenden Reformagenda und den durchaus zählbaren Resultaten (Reform des Arbeitsrechts, Reform der SNCF, Zunahme der Ausbildungsverträge, Rückgang der Arbeitslosigkeit ...) hat sich in Frankreich jedenfalls das öffentliche Bild eines Präsidenten durchgesetzt, der die mit diesem Amt in der V. Republik verbundene Machtfülle voll ausschöpft und dabei weder vom Parlament, noch von den Zwischengewalten, noch von den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften wirklich zu bremsen

war. Die eigentliche Opposition, so die Wahrnehmung, hatte sich dann in Form der „Gelbwestenproteste“ auf der Straße abgespielt. Auslöser war die Erhöhung der Treibstoffsteuer und der Versuch einer Rentenreform. Die Proteste hielten das Land monatelang in Atem, und neben dem als sehr hart empfundenen Vorgehen der Ordnungskräfte war es schließlich ein „neues Politikverständnis“, das es Macron erlaubte, die Krise zu überwinden. Er setzte dafür auf einen breit angelegten, zentral und dezentral organisierten Prozess der Bürgerbeteiligung (*Grand Débat National*). So sollte es einerseits möglich sein, die Unzufriedenheit und die Beschwerden der Bürger zu erfassen (über die in jedem Rathaus ausliegenden „Beschwerdenhefte“ sowie eine online-Plattform). Andererseits erlaubten neuartige partizipative Formate einer per Zufallsauswahl generierten Bürgerversammlung, wichtige Reformthemen öffentlich zu debattieren.

Macron ergänzte diese erste Übung in „partizipativer Demokratie“ (alle gesetzgebenden Befugnisse blieben unverändert in den Händen von Regierung und Parlament) um einen zweiten Versuch. Der „Bürger-Klimakonvent“ (*Convention Citoyenne pour le Climat*) hatte eine straffere Agenda, und ihr Ablauf war bereits im Vorfeld stärker organisiert. In beiden Fällen jedoch wurde Macron am Ende dafür kritisiert, dass er nicht alle Vorschläge der beiden partizipativen Versammlungen eins zu eins umgesetzt hatte, oder diese zumindest direkt ins Parlament eingebracht hatte. Unterstützer des Präsidenten verwiesen allerdings darauf, dass es sich um Diskussions- und Debattenformate gehandelt habe und die eigentliche Gesetzgebung beim demokratisch legitimierten Parlament verbleibt (s. Kasten).

⁷ siehe AFA 35: Der Grand Débat National in Frankreich: Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse der großen Bürgerbefragung

Partizipative Demokratie während Emmanuel Macrons erster Amtszeit⁷

Der *Grand Débat National* (GDN) wurde als Reaktion auf die Proteste der sogenannten Gelbwesten von Macron ins Leben gerufen. Mithilfe von Bürgerheften, lokalen Konsultationen, Bürgerkonferenzen und einer Onlinebefragung konnten die Bürger in einem Zeitraum von drei Monaten direkt ihre Meinung, ihre Anliegen und Probleme kundtun. Prinzipiell waren 44% der Franzosen interessiert, sich an der Debatte zu beteiligen, letztlich beteiligten sich schätzungsweise 1,5 bis 2 Millionen Menschen. In den Bürgerkonferenzen konnten so beispielweise 230 Politikvorschläge zu von Macron vorgegebenen Themen erarbeitet werden. Nachdem die Ergebnisse des GDN vorlagen, berief Macron eine Pressekonferenz ein, in welcher er auf einige zentrale Anliegen der Bürger einging und Maßnahmen für mehr Bürgernähe, zur Erhöhung der Kaufkraft und Bekämpfung struktureller Ungleichheiten, zur Gestaltung von Umbrüchen (Klimapolitik, Rentenreform) und zur Stärkung der lokaler Ebene vorstellte. Obwohl der GDN insgesamt zu einer Entschärfung der akuten

politischen Krise beitragen konnte, hielt am Ende nur ein Drittel der Franzosen den GDN für ein nützliches Unterfangen.

Die *Convention Citoyenne pour le Climat* wurde vom *Conseil économique, social et environnemental* (CESE) organisiert und brachte 150 zufällig ausgeloste Bürger zusammen. Das Ziel war, die Breite der französischen Bevölkerung zu repräsentieren. Sie beschäftigten sich mit der Frage, wie man die Treibhausgase um mindestens 40% gegenüber 1990 reduzieren könne, ohne die soziale Gerechtigkeit zu vernachlässigen. Neun Monate lang bearbeiteten sie diese Fragestellung und formulierten Vorschläge. Am 21. Juni 2020 übergaben sie der Exekutive einen Bericht aus 48 Zielen und 149 Vorschlägen. Diese Vorschläge finden sich in der Gesetzesvorlage „climat et résilience“. Die *Convention Citoyenne pour le Climat* soll zu weiteren Themen, welche im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten stehen, erneuert werden.

⁸ z.B. Opinionway KEA ab 11.05.2022 (direkt nach der Präsidentschaftswahl), <https://www.opinion-way.com/fr/barometre-opinionway-kea-partners-legislatives-2022.html>

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen, und angesichts der Kritik, die dem neugewählten Präsidenten direkt nach seinem Wahlsieg entgegenschlug, ist nun Macrons Ankündigung vom 3. Juni zu lesen. Macron schlägt den neuen Ansatz also aus der Erfahrung seiner ersten Amtszeit vor. Gleichzeitig handelte es sich dabei jedoch auch um ein Manöver im laufenden Parlamentswahlkampf. Die ersten Umfragen zeigten ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Parteien, die Macron unterstützen (LRM, MoDem, *Horizons*) und dem Linksbündnis NUPES⁸. Die qualitativen Umfragen verdeutlichten, dass viele Wähler zwar mangels besserer Alternativen in der Präsidentschaftswahl für Macron gestimmt hatten, insbesondere um die Rechtspopulistin Marine Le Pen zu verhindern, dass sie aber nicht bereit waren, in der Parlamentswahl erneut Macron einen Blankoscheck auszustellen, indem sie ihm ein weiteres Mal eine absolute Mehrheit im Parlament bescherten.

Im Rahmen des Wahlkampfs gelang es Macron mit seiner Ankündigung, Aufmerksamkeit zu erzielen. Insbesondere das linke Parteienbündnis, gegen dessen Radikalopposition der Vorschlag ja gerichtet war, setzte sich sofort kritisch von der Idee eines neuen, weiteren außerparlamentarischen Gremiums ab. Von Macron wohl beabsichtigt, war insbesondere der Name und seine Abkürzung eine Provokation für die Opposition, erinnert dieser doch an den *Conseil national de la Résistance* (s. Kasten Seite 6).

⁹ <https://eduscol.education.fr/document/31786/download>

Der *Conseil national de la Résistance* (CNR)

Im Rahmen des CNR gelang es den verschiedenen Widerstandsbewegungen Frankreichs, sich ab 1943, noch während des andauernden Zweiten Weltkriegs, zu koordinieren. Dies gelang nicht nur im Angesicht des brutalen Verfolgungsdrucks durch die deutschen Besatzer, sondern auch vor dem Hintergrund der enormen ideologischen und programmatischen Differenzen zwischen der kommunistischen *Résistance*, die zumeist von Frankreich aus und in Frankreich operierte, und dem gaullistischen Widerstand, der von London aus ebenfalls sein Engagement in Frankreich entfaltete. Direkt nach der Befreiung von der deutschen Besatzung gelang es so, die öffentliche Ordnung zu stabilisieren und einen Bürgerkrieg zwischen Gaullisten, Kommunisten und den verbliebenen französischen Kollaborateuren zu verhindern.

In der Erinnerung heute mindestens genauso wichtig ist das 1944 verabschiedete Programm des CNR⁹, das der politische

Preis für die Schaffung der nationalen Einheit war. Gerade von den linken politischen Kräften wird es als progressives Monument des Fortschritts gesehen: es beinhaltete die Begründung der französischen Sozialversicherung, die Schaffung eines „Rechts auf Arbeit“ in der Verfassung, die Verstaatlichung weiter Bereiche des Energie- und Finanzsektors sowie weitreichende gesellschaftliche Gleichstellungsrechte.

Bis heute gilt das Programm des CNR bei den linken Kräften als Referenz. Es ist aber auch ein gesamtgesellschaftlicher Erinnerungsort, der im Geschichtsunterricht vermittelt wird, und die Möglichkeit zu einer „nationalen Einheit“ trotz bestehender politischer Gegensätze bezeichnet. Macrons Bezug auf den CNR wurde entsprechend als anmaßend gegenüber diesem historischen Monument empfunden. Er selbst unterstreicht damit andererseits aus seiner Sicht die Dringlichkeit des Reformbedarfs in Frankreich.

Das endgültige Ergebnis der Parlamentswahl am 19. Juni bestätigte die Umfragen. Macrons Partei schnitt zwar am stärksten ab, aber auch in Verbindung mit den kleineren Formationen, die sie unterstützen, verfehlte *La République en Marche* (seit neuestem: *Renaissance*) die absolute Mehrheit der Sitze. Umgekehrt sind die politischen Differenzen zwischen den beiden führenden Lagern der Opposition, Le Pens rechtspopulistischem *Rassemblement National* (89 Sitze) und dem von Mélenchon intelligent geschmiedeten Linksbündnis NUPES (131 Sitze) so groß, dass auch keine Mehrheit gegen Macron möglich erscheint. Als kleinste Kraft der Opposition könnten die bürgerlich-konservativen Republikaner (61 Sitze) Macron zwar zu einer Mehrheit verhelfen. Aus Furcht, jedes eigene Profil zu verlieren, und angesichts ihrer andauernden internen Richtungskämpfe, sind sie dazu bisher aber nicht bereit.

Diese Lage führte zunächst zu einer Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung. Dabei zeigte Premierministerin Elisabeth Borne jedoch, dass sie durchaus in der Lage ist, Mehrheiten für ihre Gesetzespakete zu finden – durch parlamentarische Ausschussarbeit und Zugeständnisse, insbesondere an die Republikaner, gelang es ihr im Sommer, wichtige Beschlüsse zur Stärkung der Kaufkraft durchs Parlament zu bringen. Schwieriger scheint nun die bevorstehende Verabschiedung des Haushaltsgesetzes.

¹⁰ Über die Rolle des Parlaments in der V. Republik und den „rationalisierten Parlamentarismus“ schrieb bereits 1981 Adolf Kimmel: „Das Parlament in der V. französischen Republik: Grundstrukturen und Reformprobleme“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 12, No. 2 (Juli 1981), pp. 235-251

Artikel 49.3 – „Rationalisierter Parlamentarismus“ in der V. Republik und die besondere Machtfülle der Regierung¹⁰

Im Rahmen der semi-präsidentiellen Verfassung der V. Republik, die als „rationalisierter Parlamentarismus“ bezeichnet wurde, verfügt die Exekutive über eine Reihe von Vorrechten, um die Regierungs- und Handlungsfähigkeit auch in komplizierten parlamentarischen Auseinandersetzungen zu gewährleisten. So kann sie etwa auf den Artikel 49.3 der Verfassung zurückgreifen. Dieser erlaubt der Regierung, einen Gesetzesvorschlag ohne Aussprache und ohne Änderungsmöglichkeiten zur Abstimmung zu bringen und damit eine Vertrauensfrage des Premierministers zu verbinden. Stimmt

eine Mehrheit gegen den vorgelegten Entwurf, sprechen die Parlamentarier damit der Regierung das Misstrauen aus und müssen mit der Auflösung der Nationalversammlung rechnen. Die Regierung hat damit also eine „nukleare Option“ in der Hand, um ihre Haushaltsgesetze durchzusetzen. Für andere Gesetzestexte kann der Artikel in seiner aktuellen Form (seit 2008) jedoch nur einmal pro Sitzungsperiode (in der Regel Oktober bis Juni) angewandt werden.

Kritiker des CNR, auch im eigenen Lager, merkten nun an, mit der Stärkung des Parlaments sei die Idee eines „runden Tisches“ überflüssig geworden. Alle gesellschaftlichen Kräfte fänden ihre Stimme im Parlament, und seit der Parlamentswahl im Juni sei die Regierung auch darauf angewiesen, auf die Vorbehalte des Parlaments einzugehen und

könne nicht mehr nach Belieben „durchregieren“. Dem steht aus Sicht des Präsidenten jedoch die Fundamentalopposition von Links- und Rechtspopulisten entgegen, die eben nicht bereit seien, Verantwortung zu übernehmen und mit der gewählten Regierung Kompromisse in der Gesetzgebung auszuhandeln.

2. Eine neue Situation in der Nationalversammlung

In seinen ersten Vorschlägen für den CNR schien Emmanuel Macron zunächst eher an die Entwicklung (und Verstärkung) eines partizipativen Gremiums zu denken, wie er es während seiner ersten Amtszeit ausprobiert hatte (s. Kasten Seite 5). Die öffentliche Debatte, insbesondere direkt nach der Präsidentschaftswahl, verdeutlichte jedoch einen weiteren Aspekt des französischen politischen Systems: Dieses kennt keine formalen Koalitionen zwischen Parlamentsfraktionen. Politische „Kompromisse“ werden insgesamt als Zeichen von Schwäche abgelehnt. Es ist deshalb in einer Situation ohne absolute Mehrheit im Parlament extrem schwierig, (lagerübergreifende) Kompromisse zu finden und politische Entscheidungen zu treffen. Die weiteren Überlegungen Macrons und seiner Berater für die Ausgestaltung des CNR schienen deshalb eher in die Richtung eines Konsultationsprozesses

zu gehen, an dem die organisierten politischen und gesellschaftlichen Interessenvertreter teilnehmen, also Parteien, Sozialverbände, Interessengruppen etc., um sich über mögliche Kompromisse zu verständigen, die die konfrontative Situation im Parlament nicht erlauben würde.

Die V. Republik basiert auf der Opposition zwischen zwei politischen Lagern. Im Rahmen des reinen Mehrheitswahlrechts (577 Wahlkreise) verhandeln die politischen Lager und ihre jeweiligen Formationen *im Vorfeld* der Wahl die Unterstützung ihrer jeweiligen Kandidaten in einzelnen Wahlkreisen. Sie hoffen so, alle „linken“ oder „rechten“ Stimmen jeweils auf einen einzigen antretenden Kandidaten vereinen zu können und den Wahlkreis so zu gewinnen. Sobald die Wahl vorbei ist, herrschen in einem solchen System (ähnlich wie in Großbritannien) eigentlich „klare Verhältnisse“ –

¹¹ siehe zur Situation nach den Parlamentswahlen: Ronja Kempin / Julian Mintel (August 2022): Handlungsunfähiges Frankreich. Wiedergewählt, aber geschwächt sucht Macron seinen politischen Kurs, in: SWP-Aktuell Nr. 51 (August 2022), <https://www.swp-berlin.org/publikation/handlungsunfaehiges-frankreich>

¹² Gerhard Lehbruch: *Konkordanzdemokratie*. In: Manfred G. Schmidt (Hrsg.): *Lexikon der Politik, Band 3: Die westlichen Länder*. C.H. Beck, München 1992, S. 206–211

allerdings nur solange sich zwei politische Lager, jeweils gruppiert um eine große Partei, gegenüberstehen (traditionell das „linke Lager“ rund um die sozialistische Partei und das „rechte Lager“ rund um die gaullistische Partei). Dieses System erlaubte auch, dem rechtsextremen *Front National* während rund 35 Jahren den Einzug ins Parlament zu verwehren – die ungeschriebene „republikanische Front“ verlangte, dass der schwächere „republikanische“ (linke oder rechte) Kandidat sich zugunsten des besser gestellten Kandidaten zurückzog und zu dessen Wahl aufrief, um so den Einzug der Rechtsextremen ins Parlament zu verhindern. Da die Verhandlungen zwischen den Parteien eines Lagers (über die Aufstellung von Kandidaten, aber häufig auch über programmatische Punkte) bereits vor der Wahl stattgefunden hatten, sind Koalitionsgespräche oder -verhandlungen nach der Wahl eigentlich nicht vorgesehen.

Nach den Parlamentswahlen 2022 ist jedoch eine (für Frankreich) neue Situation eingetreten, in der kein Lager über eine absolute Mehrheit verfügt. Linke und rechte Populisten könnten zwar gemeinsam eine rechnerische Mehrheit erzielen, dazu sind ihre inhaltlichen Gegensätze jedoch zu groß. Das Präsidentenlager verfügt nur über eine relative Mehrheit, und die verbleibenden kleineren Gruppen, insbesondere die konservativen Republikaner, wollen sich nicht zu einer Regierungskoalition bereit finden¹¹. In der angesprochenen öffentli-

chen Debatte nach der Wahl wurde nun deutlich, welchen Wert in einer solchen Situation politische Instrumente haben können, die alle Beteiligten zu einem konstruktiven Verhalten und zur Kompromissuche verpflichten. Im Rahmen einer „Konkordanzdemokratie“¹² oder eines föderalen Systems wird so auch gewährleistet, dass alle gesellschaftlichen (und politisch repräsentierten) Interessen an der Kompromissbildung beteiligt werden und in die Ausgestaltung politischer Lösungen einbezogen sind.

Allerdings zeigt beispielsweise die bundesrepublikanische Erfahrung der späten Kohl-Jahre und der zweiten Regierung Gerhard Schröders, dass es auch in einem solchen System zu Blockaden kommen kann, die die Verwirklichung wichtiger gesellschaftlicher Reformen verhindern. Das von Bundeskanzler Gerhard Schröder favorisierte Modell des „runden Tisches“ sollte ja genau dazu dienen, den Reformstillstand zu überwinden, indem die gesellschaftlich relevanten Lager gemeinsam konsensuale Reformvorschläge, insbesondere für Auswege aus der Arbeitslosigkeit, entwickeln und der Regierung unterbreiten. Nach dem Scheitern dieses Ansatzes folgte die Einsetzung der Hartz-Kommission. Die Umsetzung ihrer Vorschläge brachte zwar den Befreiungsschlag, allerdings um den Preis sozialer Konflikte, die bis heute anhalten und vor allem die SPD nachhaltig geschwächt haben.

3. Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise des CNR

In der schließlich verwirklichten Form des CNR steht dieser Aspekt nun im Vordergrund. Präsident Macron wollte alle gesellschaftlichen Gruppen in eine Reformdiskussion einbeziehen. Er trat dafür sowohl an die politischen Kräfte (Parteien in der Assemblée nationale und im Sénat) heran, als auch an die Vertreter der Sozialpartner (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften). Dabei sah er sich mit zwei Hindernissen konfrontiert. Zum einen gibt es in der V. Republik bereits ein entsprechendes Gremium

(s. Kasten). Der *Conseil économique, social et environnemental* (CESE) bringt alle gesellschaftlichen Kräfte zusammen und erlaubt Konsultationen zu allen anstehenden Fragen sowie Stellungnahmen zu allen Gesetzesvorhaben. Der Sinn und Zweck eines weiteren solchen Gremiums erschließt sich nicht auf den ersten Blick, zumal der CESE seit Jahren darum ringt, als „partizipative Kammer“ mehr Bedeutung zu gewinnen.

Der *Conseil économique, social et environnemental* – Konkordanz auf Französisch

Der *Conseil économique, social et environnemental* (CESE) ist die dritte Versammlung der Republik. Der CESE ist konzipiert als institutionalisierte Stimme der Zivilgesellschaft und hat eine beratende Funktion. Er soll die Teilnahme zivilgesellschaftlicher Akteure an der Wirtschafts- Sozial- und Umweltpolitik der Regierung garantieren. Der CESE hat 233 Mitglieder, welche sich in drei Gruppen gliedern lassen. Die erste Gruppe umfasst Akteure der Wirtschaft und des sozialen Dialogs, die zweite Akteure des Vereinslebens und des sozialen und territorialen Zusammenhalts, die dritte Gruppe

besteht aus Vertretungen von Vereinen und Stiftungen, welche sich im Bereich des Umweltschutzes engagieren. Die Aufgabe des CESE ist, Empfehlungen und andere Arbeiten zu verfassen, um Exekutiv und Parlament über verschiedene wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme zu informieren. Die Expertise des CESE wird außerdem noch mit Beiträgen von weiteren Bürgern ergänzt. Darüber hinaus bietet der CESE den Bürgern in Frankreich auch die Möglichkeit, Petitionen einzureichen oder sich über Bürgerkonvente direkt zu beteiligen.

Die zweite Schwierigkeit für Macron ergab sich aus den nach der Wahl veränderten politischen Kräfteverhältnissen. Er hat nun einfach nicht mehr die Macht, um beispielsweise die führenden Köpfe der Opposition an einen runden Tisch zu bringen. Auch sein „institutionelles“ Vorgehen stieß schnell auf Ablehnung. Zu offensichtlich war die politische Taktik dahinter: Der Präsident zielte zunächst darauf ab, die Präsidenten der drei Parlamentskammern (Assemblée nationale, Sénat, CESE) an seinem neuen Reformrat zu beteiligen. Während die Präsidentin der Nationalversammlung, Yael Braun-Pivet, aus Macrons Partei *Renaissance*, an der Sitzung des CNR teilnahm, wollte der mächtige Präsident des Sénat, Gérard Larcher, sich auf dieses Spiel nicht einlassen. Als führender Kopf der bürgerlich-konservativen *Républicains* verweigerte er sich dieser Zusammenarbeit „durch die Hintertür“ mit Macrons Regierungslager. Auch für die Vertreter des linken Parteienbündnisses stand die Fraktionsdisziplin und die Geschlossenheit im Parlament einer Beteiligung an Macrons Reformrat im Wege. Für die Rechtspopulisten des *Rassemblement National* scheint eine konstruktive Haltung sowieso ausgeschlossen. Somit sind nur Repräsentanten der drei Parteien, die Macron unterstützen und seine Mehrheit in der Nationalversammlung garantieren, vertreten: Neben Macrons *Renaissance* vor allem die rechtszentristische Partei *Horizons* (um den ehemaligen Premierminister Macrons Edouard Philippe, der jedoch selbst nicht an der Sitzung teilnahm) und das liberale *Mouvement Démocratie* (MoDem) François Bayrous.

Entsprechend der Lagerlogik verweigerten auch die meisten großen Gewerkschaften die Teilnahme. Die CFTC und die CFDT, beides Reformgewerkschaften, die in der Vergangenheit durchaus bereit waren, Verantwortung in schwierigen Verhandlungen über Rentenreform oder Reform der Arbeitsgesetze zu übernehmen, mussten ihrerseits Vorkehrungen treffen, um eine Beteiligung vor ihrer Basis rechtfertigen zu können. Nur unter Vorbehalt und unter der Bedingung nicht-öffentlicher Gespräche entsandten sie Vertreter. Die Vertreter des Arbeitgeberlagers MEDEF sowie der Klein- und Mittelständler (CPME) waren ihrerseits zu einer Teilnahme bereit.

In dieser Situation musste der Präsident seinerseits Flexibilität beweisen. Um auf die Zahl von 54 Teilnehmern zu kommen (s. im Anhang den Überblick über die Zusammensetzung) entsandte er zunächst wichtige Mitglieder der Regierung in das neue Reformgremium (diese könnten freilich ihre Vorschläge auch im Parlament präsentieren und mit den Abgeordneten diskutieren). Neben der Premierministerin Elisabeth Borne nahmen Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und Bildungsminister Pap Ndiaye, sowie Olivier Dussopt, Minister für Arbeit, Vollbeschäftigung und berufliche Eingliederung, und Agnès Panier-Runnacher, Ministerin für Energiewende, an der Sitzung teil. Weiterhin sicherte sich Macron die Unterstützung der lokal und regional gewählten Vertreter – diese sind in Frankreich ähnlich wie in Deutschland in Spitzenverbänden organisiert, die die Interessen der

lokalen Ebene vertreten (*Association des maires de France et des présidents d'intercommunalité*), was ihnen eine nationale Sichtbarkeit gewährleistet. Insbesondere die Vereinigung der Bürgermeister stellt traditionell einen machtvollen Ausdruck lokaler Gegengewalt zur Macht der Pariser Regierung dar. Dies galt jedoch in der Vergangenheit noch mehr, da traditionell viele Abgeordnete der Nationalversammlung oder des Senats gleichzeitig Bürgermeister waren. Seit François Hollande beschränkt jedoch ein Reformgesetz eine solche Ämterhäufung weitgehend. Umgekehrt haben die Regionen Frankreichs an Macht gewonnen. Sie verfügen ebenfalls über einen nationalen Zusammenschluss ihrer Regionalratsvertreter und -präsidenten. Zuletzt sind auch die gewählten Vertreter der Departements national zusammengeschlossen. Alle diese Gre-

mien sind jedoch im Grunde freiwillige, nicht offizielle Vereinigungen, die über keinerlei formale Teilhaberechte am Politikprozess verfügen. Um sie von einer Teilnahme am neuen CNR zu überzeugen, benutzte Macron drei hauptsächliche Argumente: Die in den letzten Jahren anwachsende Kritik am französischen politischen System verweist regelmäßig auf die fehlende lokale oder regionale Verankerung der neu vorgeschlagenen oder durchgesetzten Reformvorschläge. Diese seien in erster Linie das Resultat der Pariser Ministerialbürokratie, der „Technokraten“. Macron selbst sprach in seiner Ankündigung im Juni davon, dass die Franzosen die Reformen „von oben“, aus Paris, leid seien und „vor Ort“ häufig ein besseres Verständnis für Reformnotwendigkeiten und -möglichkeiten herrsche.

« Les Français sont fatigués des réformes qui viennent d'en haut. Ils ont plus de bons sens que les circulaires. Paris doit être au service du terrain. »

Emmanuel Macron in seinem Interview mit der Regionalpresse, am 3. Juni 2022

¹³ Le Monde, 06.09.2022: Les associations d'élus locaux participeront bien au Conseil national de la refondation d'Emmanuel Macron

Insofern, so Macron, sei der CNR nun die Möglichkeit, das Wissen und die Erfahrung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihrer gewählten Vertreter mit in eine Reformdebatte einfließen zu lassen.

Daneben, und vermutlich entscheidender für die Zustimmung der regionalen und lokalen Vertreter, sich im CNR zu engagieren, war die Zusage des Präsidenten, sie in regelmäßigen Abständen zu Konsultationen an seinem Amtssitz zu empfangen. Damit verbunden waren wohl auch Zusagen, den Finanzbedarf der Körperschaften zu berücksichtigen¹³: Diese haben traditionellerweise nur äußerst geringe Möglichkeiten, eigene Steuern zu erheben. Sie erhalten stattdessen für alle ihnen übertragenen Aufgaben eine Zuwendung (*dotation*) des

Staates. Im Rahmen der weitreichenden Dezentralisierung der letzten Jahre wurden ihnen jedoch immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dass die zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel gleichzeitig entsprechend erhöht worden wären.

Vorsitz

Den Vorsitz im neuen Gremium, als ständiger Generalsekretär, sicherte sich François Bayrou: der äußerst erfahrene Politiker war 2002, 2007 und 2012 für seine liberale Zentrumspartei (heute MoDem) Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen. 2007 erreichte er hinter dem späteren Gewinner Nicolas Sarkozy und der Zweitplatzierten Ségolène Royal immerhin 18,7%. Nachdem der ab 1993 in der rechtsbürgerlichen Regierung

¹⁴ So z.B. in Le Monde, 27. Januar 2022, « François Bayrou, un si discret haut-commissaire au plan ». Der Artikel verweist darauf, dass die Tätigkeit als Hochkommissar für Bayrou kaum Aufwand mit sich bringe. Sie erlaube es ihm jedoch, im Umfeld Emmanuel Macrons einflussreich zu bleiben.

Eduard Balladurs (Kohabitation mit dem linken Staatspräsidenten Mitterrand) Bildungsminister gewesen war, bekannte er sich 2012 dazu, seine Stimme François Hollande, dem Kandidaten des linken Lagers, zu geben. Obwohl er sich danach eigentlich von seinen nationalen politischen Mandaten zurückziehen wollte und er seit 2014 als Bürgermeister der Pyrenäenstadt Pau amtiert, wurde er 2017 zum entscheidenden Stimmenbeschaffer für Emmanuel Macron. Bayrou verzichtete auf eine weitere, eigene Präsidentschaftskandidatur und bot Macron gleichzeitig eine Zusammenarbeit der Fraktionen in der Nationalversammlung an. Seitdem blieb Bayrou enger Berater Macrons, wahrte dabei jedoch stets seine politische Unabhängigkeit. Am 3. September 2020 ernannte Präsident Macron Bayrou überraschend zum Plankommissar (Haut commissaire au plan). Seine diesbezügliche Tätigkeit, für die er lediglich Aufwandsentschädigung erhält, wird in der öffentlichen Wahrnehmung mehrfach kritisch gesehen.¹⁴

Bayrou selbst stand der Idee eines runden Tisches zunächst skeptisch gegenüber, was sich jedoch seit seiner Ernennung zum Generalsekretär des CNR geändert hat. So äußert er nun: « C'est l'occasion de prendre le temps de préparer l'avenir, de s'intéresser au long terme. Son objectif est de se demander ce qu'on va devenir dans 20 à 30 ans. » (DNA 08.09.22)

Die großen Themen

Der Reformrat sollte laut Macrons Interview in der Regionalpresse aus dem Frühsommer 2022 drei große Themen bevorzugt angehen. Bildung und die Rolle des französischen Bildungsministeriums, die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Rentenversicherung, und die in der französischen Debatte so wichtigen „öffentlichen Dienste“ (*services publics*). Damit gab Macron eine Reformagenda vor, die offen genug war, um eine breite gesellschaftliche Debatte zu ermöglichen.

In der Sitzung am 8. September wurden die zu besprechenden Themen jedoch modifiziert. Nun stehen fünf

große Baustellen zur Behandlung an: Vollbeschäftigung, Schule, Gesundheit, „gutes Altern“ und die Energiewende. Anlässlich der Auftaktsitzung im Plenum in Marcoussis erläuterten hohe Staatsvertreter jeweils die Notwendigkeit für Reformen in den relevanten Bereichen. So sprach der Gouverneur der Banque de France, François Villeroy de Galhau, der Präsident des Rechnungshofs Pierre Moscovici und die Präsidentin des Hohen Klimarats Corinne Le Quéré. Nun sollen jedoch konkrete Reformvorschläge zu den genannten Themen jeweils vor Ort, in den „Lebens- und Wirtschaftsräumen“ (*bassins de vie*) diskutiert werden, um so (aus Sicht des Präsidentsamtes) zu gewährleisten, dass Reformvorschläge unter Berücksichtigung und abgestimmt auf die Gegebenheiten vor Ort gefunden werden.

Angesichts der Schwierigkeiten beim Start des Reformrats verweist das Präsidentsamt nun darauf, es handle sich beim CNR nicht um ein neues Gremium, sondern vielmehr um eine „neue Methode“ für einen interaktiven, langfristigen Austausch- und Diskussionsprozess. Ziel sei es, durch eine Einbeziehung aller Betroffenen und die enge Abstimmung mit den Gegebenheiten „vor Ort“ konkrete Lösungen für die großen Reformbaustellen Frankreichs zu finden, die dann einerseits die benötigten strukturellen Veränderungen bringen könnten, andererseits auf die Akzeptanz der Bürger stoßen würden. Insofern würde Frankreich durch die Arbeit des CNR langfristig und nachhaltig „zukunftsfähig“ und die damit verbundene Modernisierung des französischen Staates würde tatsächlich an den großen Vorgänger, das gemeinsame Programm des CNR, erinnern.

4. Bewertung: Welches Potenzial für das neue Gremium?

¹⁵ Oscar W. Gabriel, Silke I. Keil, Eric Kerrouce (Hg. 2012): *Political Participation in France and Germany*. London: ECPR Press.

¹⁶ Bernard Reber (2021): „Ende des Lockdowns für die demokratische Debatte. Grand Débat national und Convention Citoyenne pour le Climat“, in: dfi Deutsch-Französisches Institut (Hg.): *Frankreich Jahrbuch 2020, soziale und territoriale Ungleichheiten vor dem Hintergrund der Gelbwestenkrise*. – Wiesbaden: Springer VS-Verlag, S. 135-157.

Angesichts der veränderten politischen Kräfteverhältnisse nach der Parlamentswahl 2022, dem offensichtlichen politischen Kalkül hinter der Entwicklung des CNR und der sehr heftigen, teilweise lagerübergreifenden Kritik stellt sich die Frage, welches Potenzial dem neuen Gremium innewohnt.

Dabei ist dem Ausgangspunkt der Analyse Emmanuel Macrons durchaus zuzustimmen. Schon seit vielen Jahren zeigen Meinungsumfragen, dass Frankreich unter den westlichen Ländern durch ein besonders geringes und weiter abnehmendes Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen und die politischen Akteure gekennzeichnet ist. Neben dem mangelnden Vertrauen in die Institutionen vertrauen die Franzosen sich auch gegenseitig sehr wenig¹⁵. Gerade die Gelbwestenproteste, aber auch die Schwäche der politischen Parteien und die lautstarke Fundamentalopposition der Links- und Rechtspopulisten, die dem frisch gewählten Präsidenten umgehend die Legitimität abgesprochen haben und Zweifel an der Rechtmäßigkeit seiner Wahlen säen, sorgen für ein Klima der Unsicherheit, in dem die demokratischen Praktiken, das Wahlsystem und die Institutionen der V. Republik zunehmend in Frage gestellt werden.

Die Erfahrungen mit dem *Grand Débat National* und der *Convention Citoyenne pour le Climat* haben gezeigt, dass es in einer solchen Situation durchaus Sinn machen kann, neuartige Formen der öffentlichen Debatte, der bürgerschaftlichen Partizipation und der politischen Teilhabe zu entwickeln, mit der Autorität staatlicher Stellen zu organisieren und die Debatten und ihre Ergebnisse öffentlich zu verbreiten und zu publizieren, sowie in den Gesetzgebungsprozess einfließen zu lassen.

Gut gemeint oder gut gemacht?

Gleichzeitig wiegen die Kritikpunkte an den bisherigen Erfahrungen mit partizipativen Verfahren in Frankreich jedoch schwer. Wie etwa der Philosoph Bernard Reber¹⁶ (Reber 2021) zeigt, hängt die Akzeptanz partizipativer Verfahren und ihrer Ergebnisse von einer Reihe von Rahmenbedingungen und Garantien ab, die bereits im Vorfeld festgelegt sein müssen. Zunächst sollte das Mandat sehr klar gefasst sein: worüber wird genau diskutiert, was soll Teil der Debatte sein? Ebenso wichtig scheint die Festlegung der Verbindlichkeit der Ergebnisse: Wann und wie werden die Ergebnisse des Diskussionsprozesses definiert? Durch die Teilnehmenden selbst, oder in einem anderen Rahmen? Und wie verbindlich sind diese Ergebnisse, dienen sie „lediglich“ dem öffentlichen Meinungsbildungsprozess und stehen dem Staatspräsidenten „zur Verfügung“, oder nehmen sie unmittelbar Einfluss auf politische Entscheidungen und werden beispielsweise Gegenstand eines Gesetzesvorschlags, oder münden sogar direkt in ein Gesetzgebungsverfahren? Im Kontext der französischen Verfassung stünde sogar die Möglichkeit eines Referendums zur Verfügung, das Staatspräsident Macron selbst kürzlich ins Spiel gebracht hat.

Es gibt also eine Reihe vielfältiger Möglichkeiten, um einem partizipativen Prozess zu Relevanz und Bedeutung zu verhelfen. Dazu müssten sich aber alle Beteiligten, gerade auch diejenigen, die gegenwärtig über die politischen Machtressourcen verfügen, verbindlich zu dem angestoßenen Prozess bekennen. Das steht im Moment nicht in Aussicht, vielmehr schürt Emmanuel Macron zwar Erwartungshaltungen (Referendum), er zeigt sich derzeit aber nicht bereit, sich auf verbindliche Festlegungen einzulassen. Damit riskiert er, dass die Frustration und die Ablehnung der „neuen Methode“ sehr schnell die Überhand gewinnen, wie bereits bei den ersten beiden erwähnten partizipativen Verfahren. Die insbesondere im Falle des Klimakonvents durchaus vorhandenen Resultate und der gute Willen der Beteiligten treten dann in den Hintergrund und die Chance, Vertrauen (zurück) zu gewinnen geht verloren.

Inhaltlich sollte insbesondere der Bezug auf das gemeinsame Programm des *Conseil national de la Résistance* daran erinnern, dass die französische Republik nicht nur ein politisches (demokratisches) System definiert. Sie enthält auch, in größerem Maße als andere westliche Demokratien, das Versprechen sozialer Gleichheit (*égalité*) und Solidarität (*fraternité*) beziehungsweise gegenseitiger Unterstützung. Auch wenn die sozialen Ungleichheiten in Frankreich eher geringer ausgeprägt sind, als

in vielen anderen westlichen Ländern, sorgt die fortdauernde Beschwörung und Gültigkeit dieses Versprechens für eine Erwartungshaltung, an der sich Reformvorschläge messen lassen müssen.

Reizthema Rentenreform

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Debatte um eine mögliche neue Rentenreform zu sehen. Offensichtlich ist Präsident Macron fest entschlossen, ausgerechnet diese Reform zumindest in Teilen der Diskussion im CNR zu entziehen. Er scheint darüber hinaus zu erwägen, diese Reform ohne breite parlamentarische oder gesellschaftliche Debatte durch einen Anhang im bevorstehenden Gesetz über das Budget der Sozialversicherung zu forcieren. Das französische Rentensystem basiert bisher in erster Linie auf der Anzahl der eingezahlten Beitragsjahre. Vereinfacht gesagt kann jemand, der sehr früh damit begonnen hat, seine Rente einzuzahlen, auch entsprechend früh in Rente gehen. Sollte diesem System die Grundlage entzogen werden, in dem über das Haushaltsgesetz ein fest vorgeschriebenes Renteneintrittsalter festgelegt würde, wäre mit einer massiven Gegenreaktion der Sozialpartner zu rechnen. Insbesondere die am CNR beteiligten Gewerkschaften drohen damit, dass sie in diesem Fall keine Grundlage für weitere Gespräche sehen und den Protest auf die Straße tragen würden.

Damit müssten dann wohl die mit dem CNR verbundenen, zarten Hoffnungen auf eine „concertation à la française“ begraben werden, und stattdessen stünde ein weiterer Winter mit Sozialprotesten und Streiks bevor.

Zusammensetzung der Teilnehmer des *Conseil national de la refondation*, Auftaktsitzung am 08. September 2022 in Marcoussis, laut Presseinformationen

Referenten:

- François VILLEROY DE GALHAU, Gouverneur der Banque de France
- Pierre MOSCOVICI, erster Präsident des Rechnungshofs
- Corinne LE QUERE, Präsidentin des Hohen Klimarates

Vorsitzende der Parlamentskammern:

- Yaël BRAUN-PIVET, Präsidentin der Nationalversammlung
- Thierry BEAUDET, Präsident des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats (CESE)

Hoher Kommissar für den Plan:

- François BAYROU, Plankommissar

Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisationen:

- Laurent BERGER, Generalsekretär des Gewerkschaftsbunds *Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT)*
- Cyril CHABANIER, Präsident des Gewerkschaftsbunds *Confédération française des travailleurs chrétiens (CFTC)*
- Laurent ESCURE, Generalsekretär des Dachverbandes *Union nationale des syndicats autonomes (UNSA)*
- Geoffroy ROUX de BEZIEUX, Präsident des Arbeitgeberverbands *Mouvement des Entreprises de France (MEDEF)*
- François ASSELIN, Präsident des Arbeitgeberverbands der Klein- und Mittelständler *Confédération des Petites et moyennes Entreprises (CPME)*
- Michel PICON, Arbeitgeberverband der Kleinstunternehmer *Union des entreprises de proximité (U2P)*
- Christiane LAMBERT, Präsidentin des Bauernverbands *Fédération nationale des syndicats d'exploitants agricoles (FNSEA)*
- Hughes VIDOR, Präsident des Arbeitgeberverbands der Sozial- und Solidarwirtschaft, *Union des employeurs de l'économie sociale et solidaire (UDES)*
- Jean-Yves MIRSKI, Präsident des Arbeitgeberverbands *Fédération des Entreprises du spectacle vivant, de la musique, de l'audiovisuel et du cinéma (FESAC)*

Mutualité française:

- Éric CHENUT, Präsident des Versicherungsverbands *Fédération nationale de la mutualité française*

Berufsständische Kammern:

- Alain DI CRESCENZO, Präsident der Industrie- und Handelskammer (CCI) Frankreichs
- Sébastien WINDSOR, Präsident der Ständigen Versammlung der Landwirtschaftskammern (Assemblée permanente des chambres d'agriculture)
- Joël FOURNY, Präsident der Handwerkskammer Frankreichs (CMA France)

Vorsitzende von Vereinigungen gewählter Volksvertreter:

- François SAUVADET, Präsident der Versammlung der französischen Departements (ADF)
- Hervé MORIN, Régions de France
- David LISNARD, Präsident des Verbands der Bürgermeister Frankreichs (AMF)
- Yvan LUBRANESKI, Verband der Bürgermeister ländlicher Kommunen Frankreichs (AMRF)
- Christophe BOUILLON, Präsident der Vereinigung der Kleinstädte Frankreichs (APVF)
- Johanna ROLLAND, Präsidentin von France urbaine
- Sébastien MARTIN, Präsident von Intercommunalités de France
- Jean-François DEBAT, Villes de France

Akteure der organisierten Zivilgesellschaft und des Vereinswesens:

- Marie-Andrée BLANC, Präsidentin des Nationalen Dachverbands der Familienverbände Union nationale des associations familiales (UNAF)
- Jérémie BOROY, Präsident des Nationalen Rats für Menschen mit Behinderungen (CNCPH)
- Claire THOURY, Präsidentin der Bewegung für das Ehrenamt (Mouvement associatif)
- Arnaud SCHWARTZ, Präsident von France Nature Environnement (FNE)
- Stéphanie CLEMENT GRANCOURT, Stiftung für Natur und Mensch (Fondation pour la Nature et l'Homme)
- Allain BOUGRAIN-DUBOURG, Präsident der Liga für Vogelschutz (LPO)
- Véronique ANDRIEUX, WWF-Frankreich
- Christophe ROBERT, Generaldelegierter der Stiftung Abbé Pierre
- Gérard RAYMOND, Präsident von France Assos Santé
- Saïd HAMMOUCHE, Mozaïk RH
- Eric LEUNG, Vorsitzender der Vertretung der Überseegebiete im CESE
- William PETIPAS, Französisches Jugendforum (Forum français de la jeunesse)
- Noam LEANDRI, Vorsitzender des Kollektivs ALERTE

Im Parlament vertretene politische Kräfte:

- Marie GUEVENOUX, LaREM
- Stéphanie GUIRAUD-CHAUMEIL, Horizons
- Patrick MIGNOLA, MoDem

Minister:

- Bruno LE MAIRE, Minister für Wirtschaft, Finanzen, industrielle und digitale Souveränität
- Olivier DUSSOPT, Minister für Arbeit, Vollbeschäftigung und Eingliederung
- Pap NDIAYE, Minister für Bildung und Jugend
- Marc FESNEAU, Minister für Landwirtschaft und Ernährungssouveränität
- Christophe BÉCHU, Minister für den ökologischen Übergang und den territorialen Zusammenhalt
- Agnès PANNIER-RUNACHER, Ministerin für die Energiewende
- François BRAUN, Minister für Gesundheit und Prävention
- Jean-Christophe COMBE, Minister für Solidarität, Autonomie und behinderte Menschen
- Stanislas GUERINI, Minister für Transformation und den öffentlichen Dienst
- Olivier VÉRAN, Beauftragter für demokratische Erneuerung, Regierungssprecher

Aktuelle Publikationen des dfi

Henrik Uterwedde: Frankreich - eine Länderkunde. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Verlag Barbara Budrich, Opladen, 2022, - 196 Seiten.

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2021. Die Wirtschaft Frankreichs, Italiens und Deutschlands in der Pandemie, Red.: Eileen Keller, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2022, - 354 Seiten.

Deutsch-Französisches Institut und DFJW/OFAJ: Lehr- und Wanderjahre (DFJW-Arbeitstext Nr. 32): Auslandsaufenthalt und Autonomiegewinn. Berufsbildende Auslandspraktika und ihre Auswirkungen auf den Lebenslauf, Red.: Stefan Seidendorf, Vincent Goulet, Susanne Binder, Frank Baasner, OFAJ/DFJW, Paris/Berlin 2021, - 242 Seiten.

Eileen Keller: Financial crises and the limits of bank reform: France and Germany's ways into and out of the Great Recession. - Oxford: Oxford University Press, 2021, - 272 Seiten.

Wüstenrot Stiftung, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Urbane Großräume in Deutschland und Frankreich. Fragen und Formen regionaler Kooperation, Ludwigsburg 2021, - 216 Seiten.

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2020. Soziale und territoriale Ungleichheiten vor dem Hintergrund der Gelbwestenkrise, Red.: Eileen Keller, Springer VS, Wiesbaden 2021, - 243 Seiten.

dfi compact Nr. 18: Frank Baasner: Deutsch-französische Austausch- und Kooperationsprogramme der Robert Bosch Stiftung: Ertrag und langfristige Wirkung. - Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2021, - 115 Seiten.

Frank Baasner, Siegfried Frech, Dominik Grillmayer (Hrsg.): Das politische Frankreich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur, Frankfurt: Wochenschau Verlag, 2019, - 315 Seiten.

Henrik Uterwedde: Die deutsch-französischen Beziehungen: Eine Einführung. - Verlag Barbara Budrich, Opladen, 2019, - 178 Seiten.

Stefan Seidendorf (Hrsg.): Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, - 218 Seiten.

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen in loser Folge.

Redaktion: Stefan Seidendorf
Layout: Irene Lindauer-Grözinger

Herausgeber:
Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0
Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50
E-mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unserer Internet-Seite:
<https://www.dfi.de>

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 38
Stefan Seidendorf, Maxime Legrand:
Ein neues politisches Koordinatensystem?
Die französischen Präsidentschaftswahlen und der Blick auf die Parlamentswahl, Mai 2022, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 37
Stefan Seidendorf: Vor den Präsidentschaftswahlen - Auffallen um jeden Preis? Parteiensystem und Kandidatenkür in Frankreich, Februar 2022, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 36
Eileen Keller: Europe in the coronavirus crisis, September 2021, 15 Seiten

